

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl. des „Mustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Ersteinst
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insektionspreis: Die kleinspaltige Zeile 12 Pf. In amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 35.

56. Jahrgang.
Dienstag, den 23. März

1909.

Im Handels-Register ist heute eingetragen worden:
auf Blatt 181

— Firma **Carl Hunger** in **Schönheide** —:

Der bisherige Alleininhaber **Carl Heinrich Hunger** ist ausgeschieden. In das Handelsgeschäft sind eingetreten: der Werkmeister **Karl Ludwig Hunger** in **Schönheide**, der Werkführer **Karl Ewald Hunger** in **Schönheide** und der Kaufmann **Karl Wilhelm Hunger** in **Freyung**. Die Procura des Letzteren ist erloschen.

Eibenstock, am 16. März 1909.

Königliches Amtsgericht.

Ueber das Vermögen des Ofengeschäftsinhabers **Franz Xaver Engl** in **Eibenstock**, wird heute

am 19. März 1909, nachmittags 4 Uhr

das **Konkursverfahren eröffnet.**

Der Rechtsanwalt Dr. Richter in Eibenstock wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 30. April 1909 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 16. April 1909, vormittags 10 Uhr

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 21. Mai 1909, vormittags 10 Uhr

— vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaunt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 30. April 1909 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Eibenstock.

In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Birstenholzerfabrikanten **Richard Adolf Schlesiger** in **Schönheiderhammer** soll mit Genehmigung des Konkursgerichts die Schlussverteilung erfolgen. Hierzu sind verfügbar einschließlich Sparlaffenzinsen 745 M. 29 Pf. Von diesem Betrage sind die Kosten des Verfahrens zu kürzen; der Rest ist auf 6095 M. 80 Pf. nichtbevorrechtigte Forderungen zu verteilen.

Eibenstock, 22. März 1909.

Alban Meichsner, Konkursverwalter.

Die Ablehnung der Inseratensteuer.

In der Freitagssitzung der Finanzkommission wies nach einem kurzen Berichte des Korreferenten ein Regierungsvertreter auf die gestiegenen Preise der Inserate hin, die eine Besteuerung wohl rechtfertigten und führte gegenüber der Partei des Korreferenten einen Artikel des „Vorwärts“ an, der die Inseratensteuer als die beste der indirekten Steuern bezeichnet hätte. Die Vertreter der Freisinnigen lehnten die Vorlage rundweg und prinzipiell ab unter Hinweis auf die großen Schädigungen des Kaufmanns- und Gewerbestandes sowie der kleinen Provinzpresse, die diese Steuer nicht tragen könne. Zu den größten Bedenken gebe die Staffelung Anlaß, die die Auflage jeder Zeitung bekannt mache. Unerhört sei die steuerliche Belastung der Plakate, die bis zu 250 Prozent des Wertes gehe. Eine gleiche ablehnende Stellung nahm ein Vertreter des Zentrums ein. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß man regierungsseitig die ablehnende Haltung der meisten Parteien vorausgesehen und sich nach Abänderungsvorschlägen umgesehen hätte. Es sei vielleicht zu erwägen, ob man die Inseratensteuer ohne Rücksicht auf die Höhe der Auflage in Gestalt eines Quittungsstempels erheben und Plakate nur soweit besteuern solle, als sie gegen Entgelt angenommen würden. Dr. Weber erklärte für die Nationalliberalen, daß sie Inseraten- und Plakatsteuer definitiv ablehnten. Es sei notwendig, sofort zu einer endgültigen Ablehnung zu kommen, damit die starke Beunruhigung der Plakatindustrie ihr Ende nehmen könne. Es lämen heute schon ernste Klagen aus den Kreisen dieser Industrie, denen bereits die Aufträge großenteils gekündigt seien. Es habe keinen Zweck, lange über eine Steuer zu sprechen, deren Ablehnung doch sicher sei. Diese Ablehnung müsse heute definitiv erfolgen, um eine zweite Lesung unmöglich zu machen und damit bei der heutigen wirtschaftlichen Krisis Handel und Gewerbe die Gewißheit zu geben, daß sie von dieser Besteuerung verschont blieben. Gleich ablehnend verhielt sich die Wirtschaftliche Vereinigung, während sich ein Vertreter der Freikonservativen zustimmend zu dem Prinzip der Steuer äußerte, die seine Freunde mit einer Ausnahme zu bewilligen bereit seien. Von konservativer Seite wurden manche Bedenken gegen Einzelheiten und gegen die vorgeschlagene Form der Steuer hervorgehoben, aber prinzipiell die Steuer gebilligt, die am besten in Gestalt einer Quittungssteuer zu erheben wäre. Am geeignetsten sei eine allgemeine Quittungssteuer auf alle Quittungen über 10 Mark. Eine solche Quittungssteuer könne einen großen Teil des Bedarfs des Reiches decken. Prinzipiell gerechtfertigt sei eine Kellamesteuer, eine Besteuerung der Plakate. Hiergegen sprachen sich Vertreter der Sozialdemokratie und des Zentrums mit großem Nachdruck aus und hoben, wie der nationalliberale Vertreter, die schweren Schädigungen hervor, die die ausblühende Plakatindustrie dadurch erleiden würde. Von freisinniger und nationalliberaler Seite wurde hervorgehoben, daß jetzt nicht die Zeit sei, eine allgemeine Quittungssteuer zu beschreiben, gegen die Dr. Weber sehr lebhaft Bedenken geltend machte. Er machte darauf aufmerksam, daß den schweren Belästigungen, die diese Steuer für das ganze kaufmännische und gewerbliche Leben bedeuten würde, wahrscheinlich nur ein geringes finanzielles Erträgnis gegenüberstehen würde. Gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen wurde dann nach dem Antrage We-

ber das ganze Gesetz endgültig abgelehnt, so daß eine zweite Lesung nicht mehr stattfinden wird.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Kaiser Wilhelm hat während der ganzen verfloffenen Woche täglich Vormittags mit dem Fürsten Bülow im Kanzler-Palais konferiert. — Der 22. März ist der Geburtstag unseres alten Feldenkaisers Wilhelm I. Der Tag wird stets ein nationaler Gedenktag bleiben, an dem die verkörperte Heldengestalt erbebend, mahnend und tröstend zugleich vor das geistige Auge des deutschen Volkes tritt. Was der erste Kaiser geschaffen hat, wird auch fernerhin bestehen, und das deutsche Volk wird sein Ansehen und seinen Einfluß im Völkerverein zu behaupten und das heilige Vermächtnis, das er uns hinterlassen hat, zu erhalten und zu nutzen wissen jetzt und in ferne Zeiten.

— Die Verschleppung der Reichsfinanzreform wird auch in konservativen Kreisen der ungerechtfertigten Zurückhaltung des Fürsten v. Bülow zur Last gelegt. Der Kanzler weiß indessen wahrheitsgemäß sehr genau was er tut, wenn er den streitenden Parteien immer noch Zeit läßt, sich näher zu kommen und eine Verständigung zu erzielen. Die große Schwierigkeiten der Erreichung dieses Zieles entgegenstehen, das lehrt jede Sitzung der Finanzkommission und ihrer Unterausschüsse. Die Inseratensteuer ist gefallen, mehrere andere der in Aussicht genommenen Verbrauchssteuern werden gleichfalls wie Schatten in den Ortus versinken, und an der harten Nuß der Besitzsteuer beißen sich unsere tüchtigsten Boliviter ihre schönsten Weisheitszähne aus. Ein kraftvolleres Hervortreten des Reichsfanzlers würde unter diesen Umständen auch wenig nützen. Daß es nun aber die höchste Zeit für bestimmte Kommissions-Beschlüsse in der Reform-Angelegenheit ist, kann natürlich keinem Zweifel unterliegen. In wenigen Tagen beginnen die Osterferien des Reichstags, und kann das Hohe Haus nicht bald nach den Ferien mit der Plenar-Verhandlungen beginnen, dann ist es nicht abzusehen, wie es mit seiner Aufgabe fertig werden, oder wann die Session ein Ende nehmen soll.

— Eine neue Tabaksteuervorlage. Wie der „B. L. N.“ hört, wird im Reichsfinanzamt auf Grund der Beschlüsse der Subkommission des Reichstags eine neue Tabaksteuervorlage ausgearbeitet, die außer einer Erhöhung des Zolls für Tabakfabrikate und außer einer Erhöhung der Zinssteuer einen Zollzuschlag von 80 Prozent des Wertes für bearbeitete und unbearbeitete ausländische Tabakblätter vorsieht. Der Zollzuschlag soll erhoben werden beim Uebergang der ausländischen Tabakblätter an den Bearbeiter, bis dahin sollen sie unter der Zollaufsicht des Reichs bleiben. Das weitere wird einer in Bremen zu errichtenden zollamtlichen Prüfungsstelle überlassen, die mit weitgehenden Machtbefugnissen ausgestattet wird.

— Der dem Bundesrat vorliegende neue Entwurf eines 25-Pfennigstückes ist auf Grund von Angaben des Reichsfinanzamtes von einem Künstler hergestellt worden. Er ist einfach und geschmackvoll gehalten. Das Modell besteht aus reinem Nickel, hat einen Durchmesser von 23 Millimeter und ist etwas stärker als das alte 20-Pfennigstück. Die Vorderseite zeigt die mit einem Eichenkranz umschlungene Zahl 25, ferner die Jahreszahl der Prägung und die Worte Deutsches Reich. Die Rückseite hat außer dem Reichsadler keine weitere Verzierung.

— Der Verkehr im Kaiser Wilhelm-Kanal hat im letzten Berichtsjahre 15941 Dampfer mit 5061340 Register-Tonnen Raumgehalt und 19057 Segler und Leichter mit 1362101 Reg.-T., zusammen 34998 Schiffe mit 6423441 Reg.-Tonnen Raumgehalt umfaßt. Im Jahre 1895,96 waren es 16834 Schiffe mit 1505981 Reg.-T. Die Ge-

samteinnahmen haben im letzten Berichtsjahre 3,2 Millionen Mark, die Ausgaben 2,3 Millionen Mark, der Ueberschuß also 0,9 Millionen Mark betragen.

— Zeppelins Fernfahrt nach München soll nach den „M. N.“ demnächst bestimmt stattfinden. Es ist noch fraglich, ob die Fahrt mit dem Reichsluftschiff „Zeppelin I“ geschieht, oder mit dem neuen Luftschiff „Zeppelin II“, das im Besitz der Zeppelingsgesellschaft der Vollendung entgegengeht. Letzteres wird erst Ende März flugfertig werden.

— Oesterreich-Ungarn. Der Stand der Oesterreichisch-serbischen Krisis ist noch unverändert. Auf dem Budapester Bahnhof stehen 700 Waggons mit Kanonen und Munition und 200 Waggons mit Sanitätsmaterial bereit. 250 Bioniere arbeiten, um die Donau eisfrei zu machen. Die ganze Donauflotte ist nach Semlin abgedampft. Die Budapester Blätter melden, daß der Krieg infolge der Haltung Serbiens unvermeidlich sei, und daß am Dienstag in Wien und in Budapest die allgemeine Mobilmachung proklamiert werden solle. In Semlin sind zahlreiche ausländische Kriegskorrespondenten angekommen, darunter vier aus Rußland, die nach Belgrad weiter führen. Trotzdem tritt angesichts der diplomatischen Bemühungen, der Konferenz eine neue Grundlage zu schaffen, vielfach die Ansicht zutage, daß es einer gemeinsamen Intervention der Mächte gelingen werde, Serbien zur Vernunft zu bringen. — Auf Wunsch der Mächte hat die Oesterreichisch-ungarische Regierung ihre Antwort auf die serbische Note abermals verschoben, um für Schritte in Belgrad Zeit zu lassen.

— Frankreich. Die Postbeamten für Drucksachen im Hauptpostamt stellten am Freitag vormittag die Arbeit ein und hinderten die Briefträger am Austragen der Briefe. Die Streikenden veranstalteten lärmende Kundgebungen, wobei sie den Unterstaatssekretär verhöhnten, und gingen nicht eher auseinander, bis sie das Versprechen erhalten hatten, daß die Briefe nicht ausgetragen würden. Der Ministerrat hat beschlossen, die Briefträger durch Soldaten zu ersetzen. Außerdem soll der Minister für öffentliche Arbeiten, Barthou, ermächtigt werden, die ausländischen Postbeamten ohne weiteres zu entlassen.

— Die erste Woche des Pariser Poststreiks ging zu Ende, aber der nun über ganz Frankreich verbreitete Ausstand nicht. Der ist in die neue Woche mit hinüber genommen und in dieser kann es leicht noch schlimmer werden, denn das Streik-Komitee will einen General-Ausstand aller Staats- und Privat-Beamten veranstalten, um die Regierung zum Nachgeben zu zwingen, das heißt zum Rücktritt des Postleiters Simyan. Wenn es auch nicht zu diesem allgemeinen Beamtenstreik kommt, so ist es so wie so schon schlimm genug. Handel und Wandel können diese Lage nicht mehr ertragen. Dem Ministerium hilft der von der Deputiertenkammer angenommene Vertrauensbeschluß wenig, damit kommt kein Postverkehr wieder in Gang. Interessant für die bestehenden französisch-serbischen Beamten-Verhältnisse war es, daß Unterstaatssekretär Simyan den Vorwurf der Günstlingswirtschaft mit dem Bemerkten zurückwies, daß er solchen Treiben fernstehe, daß aber gerade die Abgeordneten ihm ihre Schützlinge zur Anstellung bei der Post aufdrängten. Eine Menge streikender Beamter ist entlassen, aber das hat ebenfowenig geholfen, wie das zur Aushilfe requirierte Militär den Dienst beizwingen kann.

— Persien. Zu den Revolutionären in Persien wird dem Reuterschen Bureau aus Teheran gemeldet, daß die Bewohner von Bender Abbas am Persischen Golf sich den Nationalisten, die das Zollamt besetzt haben sollen, angeschlossen haben. Nach einer weiteren Meldung haben die Nationalisten auch die Verwaltung der Stadt übernommen. Ferner wird aus Teheran gemeldet, daß die Truppen in Bagdad